

# Journal

## ■ Neuer GPA-Landesvorstand

Auch in dem neu gewählten Landesvorstand des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises (GPA) der CSU ist die bayerische Zahnärzteschaft stark vertreten. So gehören dem Vorstand als GPA-Bezirksvorsitzende Dr. Peter Watzlaw (Unterfranken) und Dr. Elmar Palaunck (Oberfranken) an. Neu in den Vorstand wurde als Schriftführerin Dr. Barbara Gutmann (Oberbayern) berufen. Als einer von sieben Beisitzern mit besonderen Fachkenntnissen in der Medizin- und Gesundheitspolitik wurde auf Vorschlag des GPA-Bezirksverbandes München der Hauptgeschäftsführer der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, Rechtsanwalt Peter Knüpper, gewählt. Neuer Vorsitzender des GPA wurde Dr. med. Christian Alex (Schwaben); der bisherige Vorsitzende, Wolfgang Zöller, MdB, kandidierte nicht mehr. ik

## ■ Keine Barfußmedizin

Vor der Übertragung von originär ärztlichen Tätigkeiten auf nicht-ärztliche Gesundheitsberufe warnte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens vor dem Sozialpolitischen Ausschuss des Bayerischen Landtags im Oktober in München: „Die Diskussion um einen drohenden Ärztemangel insbesondere im ländlichen Bereich darf nicht dazu führen, dass wir uns von der hoch qualifizierten ärztlichen Versorgung in Deutschland verabschieden. Originäre ärztliche Tätigkeiten dürfen nicht auf andere Gesundheitsberufe übertragen werden.“ Einer Barfußmedizin, wie sie in ländlichen Bereichen Chinas üblich ist, dürfe kein Vorschub geleistet werden. Mit ihrer Kritik erteilte Stewens der aktuellen Diskussion eine klare Absage, ob nicht-ärztliche Gesundheitsberufe verstärkt in ärztliche Aufgaben einzubeziehen sind. Verschärft wurde die Diskussion durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, der in seinem Gutachten 2007 eine größere Handlungsautonomie der nicht-ärztlichen Berufe empfiehlt. Stewens plädierte in diesem Zusammenhang für eine Stärkung der hausärztlichen Versorgung. ik / stmas

## ■ Mehr Auszubildende

In bayerischen Zahnarztpraxen wurden 2007 fast 15 Prozent mehr Ausbildungsverträge für Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA) geschlossen als

im Vorjahr, trotz zum Teil ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Damit liegen auch die bayerischen Zahnarztpraxen im positiven Trend bei den freien Berufen. Insgesamt ist dort eine Zunahme sowohl für neu geschaffene Ausbildungsplätze als auch für die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge feststellbar. Zu sehen ist die Entwicklung vor dem Hintergrund der Mitwirkung der freien Berufe am Nationalen Ausbildungspakt. Bundesweit konnten von März bis September 2007 über 6 800 neue Ausbildungsplätze bei Zahnärzten, Ärzten, Tierärzten, Apotheken, Anwalts- und Notarkanzleien sowie in Steuerberaterkanzleien akquiriert werden, meldete der Bundesverband der Freien Berufe (BFB) im Oktober. Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ wird von der Bundesregierung, den Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie, Arbeit und Soziales sowie Bildung und Forschung, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und seit März 2007 vom Bundesverband der Freien Berufe getragen. Die Partner verpflichteten sich in enger Zusammenarbeit mit den Ländern, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu machen. Der Pakt läuft drei Jahre und endet 2010. ik / BLZK

## ■ AVWG: Keine „Erste Hilfe“

Das Landgericht Saarbrücken hat einer Versandapotheke untersagt, bei niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten Prospektmaterial zum Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG) auszuliegen. Sie wollte bei den Ärzten damit „Erste Hilfe beim AVWG“ leisten und mit dem Prospekt auf Budgetentlastung und Bonus-Malus-Regelung hinweisen. Laut den Prospektunterlagen soll der gesetzlich versicherte Patient je Medikament auf Rezept einen Sofortbonus in Höhe von 50 Prozent der Zuzahlung erhalten. Dies gelte auch für von Zuzahlung befreite Patienten (Bonus für jedes Medikament). Privatversicherte könnten mit einem Bonus in Höhe von 3 Euro für jedes rezeptpflichtige Medikament rechnen. Die Bonuszahlung erfolge, wenn 30 Prozent erreicht werden. Das LG Saarbrücken (7 I O 103/06) sah in diesem Angebot einen Verstoß gegen § 34 Abs. 5 der Berufsordnung (BO). Diesem Urteilsspruch hat sich mittlerweile das Saarländi-

sche Oberlandesgericht im Urteil vom 13. Juni 2007 (1 U 81/07-25) im Rahmen des Berufungsverfahrens angeschlossen. Das OLG Saarbrücken vertritt die Ansicht, dass die in dem Ärztesprospekt enthaltene Aufforderung, Patientenbroschüren für die Praxis zu bestellen und das Überlassen dieser Broschüren auf Anforderung der Ärzte ein wettbewerbswidriges Handeln darstelle. Dadurch würden Ärzte veranlasst, die Broschüren in ihrer Praxis auszulegen bzw. den Patienten eine Bestellung über die Versandapotheke zu empfehlen und diese sogar über die Praxis auszuführen, was gegen das Empfehlungsverbot des § 34 Abs. 5 BO verstoße.

ik / BLÄK

### ■ Sachverständigenrat neu besetzt

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat den neuen Sachverständigenrat für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen ernannt. Neu berufen wurden Prof. Dr. Ferdinand Gerlach und Prof. Dr. Marion Haubitz. Ausgeschieden sind Prof. Dr. Gisela Fischer und Prof. Dr. Dr. Peter Scriba. Der Sachverständigenrat wählte in der ersten konstituierenden Sitzung Prof. Dr. Eberhard Wille zu seinem Vorsitzenden und Prof. Dr. Matthias Schrappe zum stellvertretenden Vorsitzenden. Zu den Mitgliedern des neuen Sachverständigenrates, die bis zum 30. September 2009 berufen sind, gehören außerdem: Prof. Dr. rer. nat. Gerd Glaeske, Bremen, Prof. Dr. phil. Adelheid Kuhlmeier, Berlin, und Prof. Dr. rer. pol. Rolf Rosenbrock, Berlin. Das neu konstituierte Gremium wurde beauftragt, bis zum Frühjahr 2009 zu einer generationengerechten Gesundheitsversorgung in Deutschland Empfehlungen abzugeben.

ik / BMG

### ■ Mediziner: Zukunft düster

Nach wie vor gedrückt ist die Stimmung bei den meisten niedergelassenen, ambulant tätigen Ärzten. Das ergab die aktuelle Umfrage des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) unter rund 90 BFB-Mitgliedsorganisationen. „Die Gesundheitsreform hat den Medizinern keine Verbesserungen gebracht, im Gegenteil: Der Gesundheitssektor ist nach wie vor ein budgetierter Bereich. Hinzu kommen der hohe Verwaltungsaufwand in den Praxen und die Verunsicherungen durch die neuen Rabattverträge mit den Krankenkassen“, so BFB-Präsident Oesingmann. Schlimmer noch: „Die Politik nimmt die Ärzte im-

mer weiter in den Würgegriff, zum Beispiel im Hinblick auf die geplante Gesetzesänderung des Gesundheitsministeriums.“ Verlangt wird, dass Mediziner in Zukunft den Krankenkassen Patienten melden müssen, die beispielsweise durch Schönheitsoperationen oder Tätowierungen gesundheitliche Schäden davongetragen haben. „Hier wird nicht nur generell weiter versucht, die Schweigepflicht in den freien Berufen aufzuweichen, sondern hier wird auch versucht, Mediziner in die Rolle des Spitzels zu pressen“, warnt der BFB-Präsident. Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Freie Heilpraktiker sehen dagegen die nähere Zukunft optimistischer. Grund dafür sei das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung. Oesingmann: „Hierzu leisten diese Berufe ihren Beitrag und tragen damit zum Wachstum der Gesundheitswirtschaft maßgeblich bei.“ Die Stimmung bei Apothekern sowie in den rechts- und steuerberatenden Berufen ist dagegen eher „durchwachsen“.

ik / BFB

### ■ BASYS: Unterschiedliche Quoten

Die solidarische Finanzierung von Gesundheitsausgaben in Deutschland ist regional unterschiedlich verteilt: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg und Hessen weisen im Jahr 2004 eine unterdurchschnittliche Gesundheitsausgabenquote aus. Bei Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen liegt sie über dem Bundesdurchschnitt. Nahezu dem Bundesdurchschnitt entspricht die Quote in Nordrhein-Westfalen. Dies sind Ergebnisse der im Oktober veröffentlichten BASYS-Studie. Sie beschäftigt sich mit ausgewählten Indikatoren von 25 europäischen Gesundheitssystemen. Der besondere Wert liegt darin, dass die EU-Indikatoren auch für die einzelnen Bundesländer berechnet werden und so Informationen über Unterschiede möglich sind. Grundlage dafür ist die Methode der Offenen Koordinierung für Gesundheit und Langzeitpflege, die von der Europäischen Union angestoßen wurde. Auf EU-Ebene werden damit die Sozialschutzsysteme untersucht. Ziel ist es, den EU-Bürgern ein möglichst hohes Niveau gesundheitlicher Versorgung in einem langfristig gesicherten Finanzierungsrahmen zur Verfügung zu stellen. Die Studie wurde im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums durchgeführt. Kurzfassung unter [www.basys.de](http://www.basys.de).

ik / BASYS